



Putzen und putzen lassen

Gut jeder zehnte Haushalt in Deutschland leistet sich eine Putzhilfe – doch meist arbeiten die helfenden Hände schwarz. Laut einer repräsentativen Umfrage des Forsa-Instituts zu den Putzgewohnheiten der Deutschen gaben nur 36 Prozent der Befragten mit Haushaltshilfe an, sie hätten ihre Hilfskraft auch angemeldet. FOTO: DPA **Bericht Seite 8**

Chance verpasst



Kathrin Aldenhoff
über die Ehe für alle

Homosexualität ist Alltag in Deutschland. Zwei Frauen küssen sich in der Straßenbahn, zwei Männer laufen Händchen haltend über den Markt. Niemand, mit Ausnahme von ein paar Ewiggestrigen, kann sich darüber noch wundern. Niemand hat das Recht, diese Lebensentwürfe infrage zu stellen. Doch eine letzte Bastion scheint für homosexuelle Paare uneinnehmbar: die Ehe. Ja, es gibt die Möglichkeit einer eingetragenen Partnerschaft. Aber das ist nicht das Gleiche. Eingetragene Partnerschaft: Das klingt nach Formularen und Steuern – aber nicht nach einem Bekenntnis, sein Leben gemeinsam verbringen zu wollen. In guten wie in schlechten Zeiten.

Dabei ist eine Ehe für alle in Europa nichts Besonderes – in mehr als einem Dutzend europäischer Länder ist sie erlaubt. Nur wir in Deutschland scheinen weit davon entfernt, denn die Konservativen sträuben sich. Obwohl mit Ole von Beust ein homosexueller CDU-Politiker neun Jahre lang Hamburg regierte und es die Gruppe „Lesben und Schwule in der Union“ gibt. Und obwohl inzwischen wohl jedes Kind den Satz von Klaus Woweritz (in seiner Regierungszeit begann die Berliner SPD die heutige Koalition mit der CDU) über sein Schwul-Sein nachsprechen kann. Erst vor Kurzem erneuerte Bundeskanzlerin Angela Merkel im Interview mit dem Youtuber LeFloird ihr Nein: Für sie persönlich sei Ehe das Zusammenleben von Mann und Frau.

Die CDU hat die Wehrpflicht abgeschlossen, den Atomausstieg beschlossen, eine Frauenquote eingeführt. Das war viel für die konservativen Wähler. Eine Ehe für alle scheint nicht mehr drin zu sein. Die Mitglieder der Berliner CDU haben sich jetzt mehrheitlich dagegen ausgesprochen und so gezeigt, dass ihnen Tradition mehr wert ist als ein Bekenntnis zum modernen urbanen Lebensgefühl. Viele Menschen in den großen Städten, aber auch auf dem Land werden darüber den Kopf schütteln. Die CDU hat die Chance verpasst, sie zu überraschen. **Bericht Seite 4**
kathrin.aldenhoff@weser-kurier.de

Kritik am Verkauf von Altersheimen

Bremen (tia). Rolf Specht will aus Altersgründen kürzertreten. Deswegen verkauft der 63-jährige Bremer Unternehmer zwei seiner Unternehmen. Dabei geht es um die Wohnpark Weser GmbH und die Senioren Wohnpark Stade GmbH, die bislang zu Spechts Residenz-Gruppe gehört haben. Die Betreiberfirmen von 34 Einrichtungen gehen an die Orpea-Gruppe. Orpea ist einer der führenden Betreiber von Seniorenheimen in Europa. Der französische Konzern hat bereits Einrichtungen in der Schweiz und in Österreich aufgekauft. Kritiker sehen in dem Verkauf kein gutes Omen: Orpea fehle völlig der Standort-Bezug, eine angemessene Betreuung der Patienten und der Belegschaft werde so schwieriger, sagte Alexander Künzel, Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung. Auch der Heimstiftung stehen Veränderungen bevor. Denn der Vorstand des ehrenamtlich geführten Seniorenwohnparks „Ellener Hof“ hat beschlossen, die Einrichtung an die Heimstiftung zu verschicken – um so die Zukunft des „Ellener Hofes“ zu sichern. **Kommentar Seite 2-Berichte Seite 17**

Nahles: Leiharbeit länger möglich

Berlin. Arbeitsministerin Andrea Nahles ist bereit, den Arbeitgebern bei der umstrittenen Regulierung von Leiharbeit und beim Arbeitszeitgesetz entgegenzukommen. So plane sie, Leiharbeit auch über die im Koalitionsvertrag vorgesehene Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten zuzulassen, wenn die Unternehmen tarifgebunden seien, sagte die SPD-Politikerin dem WESER-KURIER: „Die Befristung könnte atmen, wenn man sich auf feste Vereinbarungen einlässt.“ Grundsätzlich ist Nahles auch zu Änderungen am Arbeitszeitgesetz bereit. „Ich bin für vieles offen“, betonte sie. Allerdings gehe es ihr nicht um eine Abschaffung des Acht-Stunden-Tages, sondern um mehr Flexibilität. **Interview Seite 4**

WETTER

Tagsüber **23°** Nachts **11°** Niederschlag **90%**

Stürmisch und regnerisch
Ausführliches Wetter Seite 8

Noch mehr Zelte für Flüchtlinge

Not bei Unterkünften immer größer / Bremen prüft städtische Flächen und Gebäude

VON SABINE DOLL

Bremen. Das Land Bremen muss in diesem Jahr noch mehr Flüchtlinge aufnehmen als erwartet. Bislang hat die Sozialbehörde mit rund 5000 Menschen aus Krisen- und Kriegsregionen gerechnet, nach neuesten Zahlen werden es bis Ende des Jahres bis zu 6000 Flüchtlinge sein. „Das ist der obere Wert, auf den wir uns einstellen“, sagt der Sprecher der Sozialbehörde, Bernd Schneider. Hinzu kämen rund 1500 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Vor allem die Stadtstaaten geraten bei der Unterbringung der Flüchtlinge immer stärker an ihre Grenzen. Hamburg hat deshalb jetzt bisherige Grundsätze aufgegeben und Großlager angekündigt: In den sieben Bezirken der Stadt sollen Container-Dörfer für insgesamt rund 20000 Flüchtlinge aufgestellt werden. „In jedem dieser Dörfer können bis zu 3000 Menschen untergebracht werden“, sagt Björn Domrose, der Sprecher des Hamburger Innensensors Michael Neumann (SPD). Darüber hinaus gibt es im Hamburger Stadtgebiet bereits fünf Standorte mit mehreren Großzelten. „Wir sind uns bewusst, dass das keine Dauerlösung sein kann, aber wir müssen alles daran setzen, die Menschen vor Obdachlosigkeit zu bewahren“, sagt der Sprecher.

Massenunterkünfte in Container-Lagern plant Bremen derzeit zwar nicht, aber der Druck auf das Unterbringungssystem wächst laut dem Sprecher von Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) täglich: „Wir stehen vor einer riesigen Herausforderung in den nächsten Monaten“, so Schneider. Weshalb Bremen weitere Zelte aufstellen

lässt, um den ankommenden Flüchtlingen ein Dach über dem Kopf bieten zu können.

Neben den bereits bezogenen Zelten auf dem Stadtwerder und am Fallturm, in denen 35 beziehungsweise 120 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge untergebracht sind, wird es drei weitere Standorte für Erwachsene und Familien geben: vier Zelte am Überseetor mit 300 Plätzen – die Belegung hat Ende vergangener Woche begonnen –, Zelte für 400 Menschen im Technologiepark sowie ein Standort im Büro-park Oberneuland mit 300 Plätzen. Damit werden insgesamt rund 1150 Flüchtlinge in Zelten untergebracht sein.

Parallel dazu läuft die Suche nach Gebäuden auf Hochtouren, damit die Zelte vor dem Winter abgebaut werden können. „Das ist der Plan, aber es gibt Unwägbarkeiten bei den Zugangszahlen. Und bevor wir gar nichts haben, müssten Zelte stehen gelassen werden. Aber wir arbeiten fieberhaft an Lösungen“, so Schneider.

Im August sollen alle Gebäude und Grundstücke, auf die Bremen über das städtische Unternehmen Immobilien Bremen Zugriff hat und die sich für die Unterbringung von Flüchtlingen eignen, in einer Prioritätenliste erfasst werden. „Sie werden daraufhin geprüft, wie schnell sie genutzt werden können und wie groß der bauliche sowie finanzielle Aufwand dafür ist“, erklärt Ulrike Bendrat, Sprecherin des Finanzressorts, unter dessen Regie das Vorhaben läuft. Bisher gebe es nur einzelne Listen nach unterschiedlichen Kriterien. „Eine zentrale Erfassung mit einheitlichen Bewertungen ist dringend notwendig, um überhaupt einen Überblick zu haben und um schneller reagieren zu können.“ Bei

den Gebäuden könnte es sich beispielsweise auch um Sporthallen handeln, auf freien Flächen könnten Container aufgestellt werden. Bendrat: „In der aktuellen Situation können wir es uns nicht aussuchen, denn wir können die Menschen nicht unter freiem Himmel übernachten lassen. Das ist ein humanitäres Gebot der Stunde.“

Wie bei den Zeltstandorten setzt Bremen inzwischen auch auf Gebäude, in denen mehr Flüchtlinge als bisher untergebracht werden sollen: „Wir können nicht mehr in unseren Größenordnungen von 70 bis 120 Plätzen denken“, betont Schneider. Grund sei der hohe Arbeitsaufwand für die Verwaltung bei mehr kleineren Unterkünften. Bauanträge müssten genehmigt, Beiräte informiert, Baumaßnahmen umgesetzt werden. Schneider: „Das zwingt uns, größer zu denken als wir eigentlich wollen.“

Bisher hatte Bremen darauf gesetzt, Flüchtlinge in Unterkünften mit überschaubarer Größe unterzubringen. Um Konflikte zwischen Menschen aus anderen Kulturkreisen und unterschiedlichen Glaubens zu verhindern und um die Integration zu fördern. Nach der Unterbringung in Zelten muss Bremen nun auch von diesem Grundsatz abrücken.

Nach Angaben der Sozialbehörde hat das Land Bremen bis Ende Juni 2213 Flüchtlinge aufgenommen – das ist eine Verdreifachung gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr. Die Flüchtlinge werden nach einer festen Quote auf die 16 Bundesländer verteilt, diese liegt für Bremen bei knapp unter einem Prozent. Die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge hat sich vervierfacht – in der ersten Jahreshälfte liegt sie bei 538.

KOPF DES TAGES

Katharina Wagner



Große Oper gibt es beim Wagner-Clan auch jenseits des Festspielhauses und außerhalb der Saison – die Familie ist seit jeher ein 1a-Skandal-Garant. Auch Katharina Wagner, Urenkelin des großen Richard, kann da mithalten – jüngst hat sie ihrer Halbschwester und Noch-Co-Intendantin Eva Wagner-Pasquier sogar verboten, den Grünen Hügel im Vorfeld der Festspiele zu betreten. Harmonisch war das Verhältnis der beiden sowieso nie. Am Sonntagabend muss Katharina Wagner sich auch künstlerisch behaupten: Die Festspiele starten mit ihrer zweiten Regie-Arbeit „Tristan und Isolde“.

BREMEN

Gedankenspiele für den Lloydhof 12 und 13

Der Rückzug des portugiesischen Investors Sonae Sierra vom Projekt City-Center im Ansgari-Quartier hat in der Stadt unterschiedliche Reaktionen ausgelöst – und Gedankenspiele für den Lloydhof freigesetzt.

DER NORDEN

Mehr Tourismus, weniger Schulden 16

Ulrich Getsch, Oberbürgermeister der Stadt Cuxhaven, setzt beim Schuldenabbau auf Tourismus. 3,2 Millionen Übernachtungen schlagen jährlich zu Buche. Dennoch ist die Stadt mit 330 Millionen Euro verschuldet.

KULTUR

Rechte Zwischentöne 30

Kokette Anspielungen oder kalkulierter Menschenfang? Rechte Zwischentöne sind keine Seltenheit unter arrivierten Popkünstlern. Dazu zählen Soulsänger Xavier Naidoo und der selbst ernannte Volks-Rock'n'Roller Andreas Gabalier. Beide treten demnächst in Bremen auf.

RUBRIKEN

Beruf & Karriere S 1	Lesermeinung 10
Familienanzeigen 20	Rätsel & Roman 31
Fernsehen 28	Veranstaltungsanzeigen 6, 14
Immobilien & Wohnen 11	Heute mit Fahrzeugmagazin On Tour	

ANZEIGE



DIAKO

Von Mitte 2013 bis Mitte 2015 hat das DIAKO sein Investitionsvorhaben „DIAKO 2015“ mit OP-Erweiterung / Notaufnahme / Labor / Röntgenpraxis zielgerichtet umgesetzt.

Für Ihre Geduld und Ihr Verständnis für Baulärm und manches Provisorium möchten wir heute DANKE sagen:

DANKE ... unseren Patienten und ihren Angehörigen / Besuchern
DANKE ... allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
DANKE ... unserer unmittelbaren Nachbarschaft und den angrenzenden Anliegern

www.diako-bremen.de

H 7166 • 28189 BREMEN

